

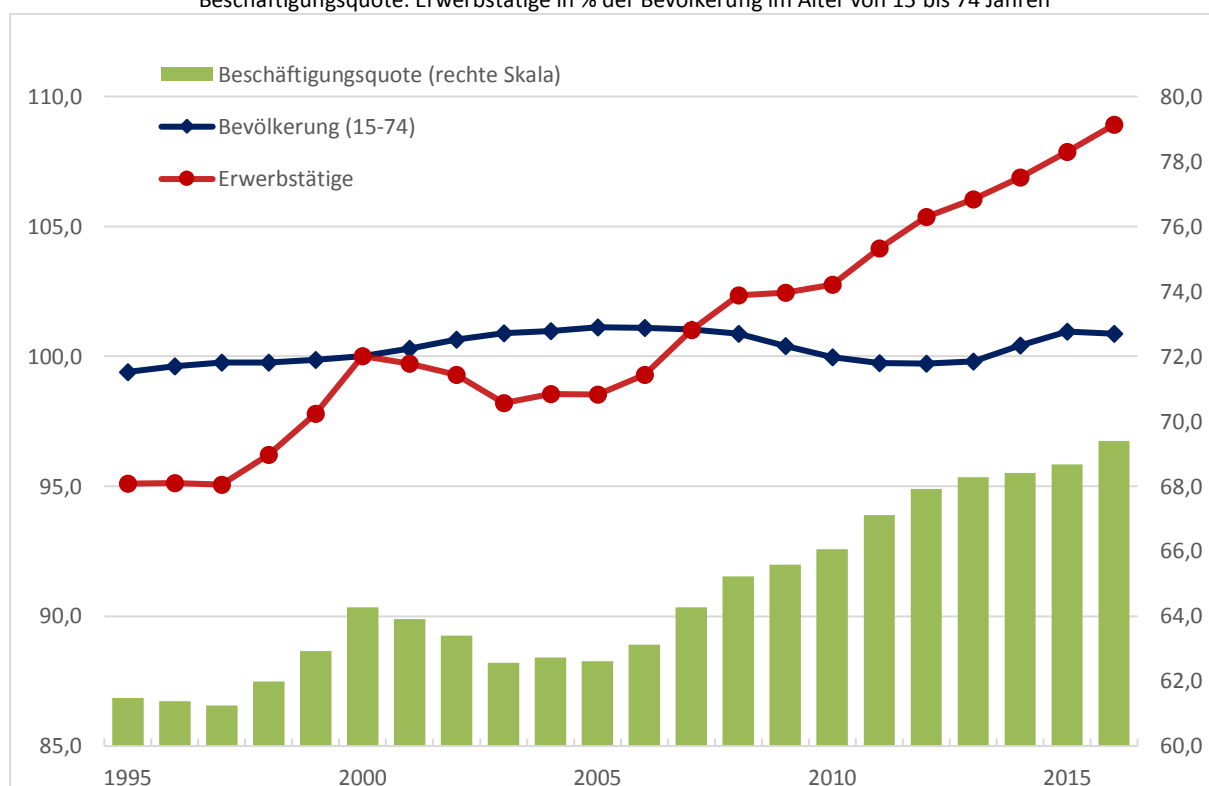
# Agenda 2010 – YES/NO/CANCEL?

## Plädoyer für eine neue Langfriststrategie

Kurt Vogler-Ludwig  
30. März 2017

Eines ist klar, die Zeiten haben sich geändert. Deutschland ist nicht mehr was es vor 15 Jahren war, als die Agenda 2010 geschrieben wurde. Auf der einen Seite ist die Arbeitslosigkeit auf dem Rückzug, die Einkommen sind gewachsen, es gibt viele neue und gute Jobs, die Steuerquellen sprudeln. Eigentlich könnte es uns kaum besser gehen (Abbildung 1). Auf der anderen Seite sind nur die besser Gestellten am steigenden Wohlstand beteiligt, während die ärmere Bevölkerung heute kaum mehr verdient als vor zehn Jahren. Die Vermögen sind noch ungleicher verteilt als vor der Finanzkrise und die Digitalisierung geistert als der große Jobkiller der Zukunft durchs öffentliche Bewusstsein. Die Zuwanderung wird von einem Teil der Bevölkerung als ernsthafte Bedrohung empfunden und vertieft die Spaltung der Gesellschaft. Gleichzeitig fliegt uns die bisherige Weltordnung in einer neuen Welle des Nationalismus um die Ohren. Pessimismus breitet sich aus.

**Abbildung 1** Bevölkerung und Erwerbstätigkeit  
Indexwerte 2000 = 100;  
Beschäftigungsquote: Erwerbstätige in % der Bevölkerung im Alter von 15 bis 74 Jahren



Quelle: Statistisches Bundesamt (Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung)

Ist das die typisch deutsche Krankheit, die Welt als Jammertal zu sehen, oder hat die negative Sicht ihre Berechtigung? Ich neige dazu, die Kritik anzuerkennen und die Lage neu zu bewerten. Dazu reicht es weder die Agenda 2010 zurück zu drehen noch sie in ihrer heutigen Verfassung zu verteidigen. Der Blick zurück hilft nicht weiter. Wir müssen uns vielmehr über die Herausforderungen der nächsten 15

Jahre klar werden und die richtigen Antworten auf die grundlegenden Fragen finden. Eine Agenda 2030 ist notwendig, die einen neuen Handlungsrahmen für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft aufstellt. Dabei sollten wir uns den Problemen stellen und nicht aufhören, uns neu zu erfinden.

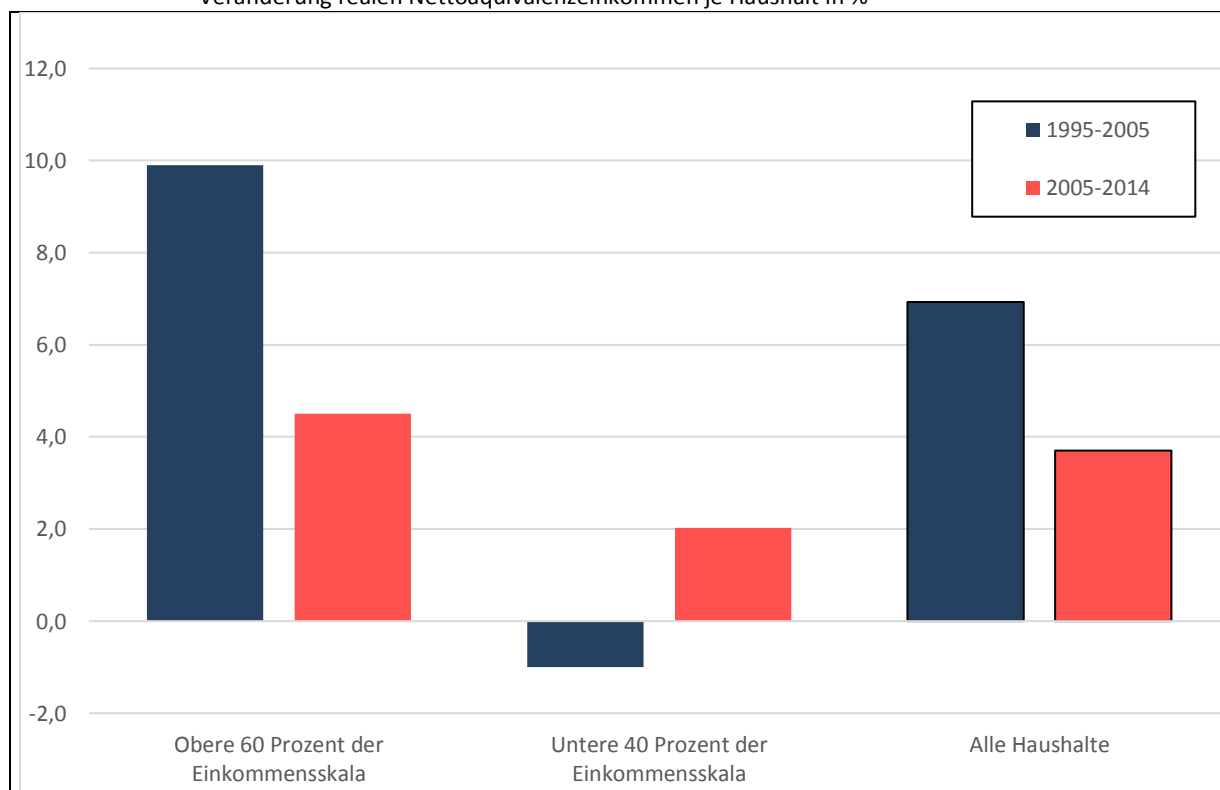
Was also sind die großen Herausforderungen unserer Zeit? Ich will fünf der wichtigsten Probleme benennen und versuchen, Lösungswege aufzuzeigen:

(1)

### Die Kluft zwischen Arm und Reich und die Frage der Fairness

Die Agenda 2010 hat das Armutsrisiko deutlich erhöht. Wer arbeitslos wird hat im Normalfall noch eine Frist von 12 Monaten, um sich einen neuen Job zu suchen. Bei Älteren über 55 sind es 18 bis maximal 24 Monate. Die Drohung, nach Ablauf des regulären Arbeitslosengeldes an der Armutsgrenze leben zu müssen, hat viele bewogen, niedrig bezahlte und schlechte Jobs zu akzeptieren. Auf diese Weise hat sich der Niedriglohnsektor bei stagnierendem Einkommensniveau ausgeweitet, während die Einkommen der Selbständigen und besser situierten Angestellten weiter gewachsen sind (Abbildung 2). Das wurde vielfach als ungerecht empfunden, auch wenn es Voraussetzung für die Überwindung der langen Phase hoher Arbeitslosigkeit in den achtziger und neunziger Jahren des letzten Jahrhunderts war. Die verbesserten Beschäftigungschancen, die geringere Arbeitslosigkeit und selbst der Mindestlohn wurden demgegenüber nicht als Geschenk betrachtet.

**Abbildung 2**    **Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte**  
Veränderung realen Nettoäquivalenzeinkommen je Haushalt in %



Quelle: DIW (SOEP 2017)

Bei der Frage nach den notwendigen Änderungen an der Agenda 2010 geht es also nicht allein um die Dauer der Arbeitslosenunterstützung, sondern um die faire Verteilung von Lasten, Risiken und Erträgen der Arbeit. Nur wenige haben die Vorstellung, dass alle das gleiche verdienen sollen. Einkommensunterschiede nach Qualifikation, Verantwortung, Leistung usw. sind weitgehend akzeptiert und in einer Vielzahl von Tarifverträgen festgeschrieben. Aber die Kumulation von geringem Verdienst, belastender Arbeit und hohen Beschäftigungsrisiken lässt den Eindruck einer ungerechten Verteilung zurück. Dies umso mehr als sich legale und kriminelle Seilschaften in den Unternehmen immer wieder große Vorteile verschaffen und selbst nach ihrer Entdeckung ein Leben in paradiesischem Wohlstand führen.

Was also soll eine Strategie zur Verbesserung von Gerechtigkeit und Fairness tun? Dafür gibt es nach meiner Auffassung drei Ansatzpunkte:

- Im Rahmen einer Reform der Unternehmensverfassung sind – in Ergänzung zur bestehenden Betriebsverfassung – gesellschaftlich relevante Ziele für das unternehmerische Handeln verbindlich festzulegen. Dazu gehören die Bildung von Humankapital, die Schaffung bzw. der Erhalt von Arbeitsplätzen, der Umweltschutz, die Einhaltung von Menschenrechten im In- und Ausland und die Verpflichtung zur Gesetzestreue. Schließlich gehören dazu auch die Offenlegung der Verdienstrukturen und die Pflicht, darüber Einigung mit den Unternehmensgremien zu erzielen. Für die Einhaltung dieser Pflichten sollen Vorstände und Geschäftsführer gesamtschuldnerisch haften. Die Betriebs- und Aufsichtsräte sollen ein Klagerecht erhalten. So soll sichergestellt werden, dass gesellschaftliche Prioritäten in die Unternehmenspolitik einfließen und den hohen Vergütungen der Leitenden ein entsprechendes Haftungsrisiko gegenübersteht.
- Im Rahmen einer Steuerreform sind vor allem die unteren Einkommen zu entlasten und dadurch die Arbeitsanreize zu erhöhen. Dazu sollte der Grundfreibetrag für die Einkommensteuer stetig erhöht und die Steuerprogression im unteren Bereich abgeflacht werden. Wichtig ist aber auch, die hohen Grenzsteuersätze beim Übergang von staatlicher Unterstützung zur Erwerbstätigkeit zu reduzieren, um die Armutsfalle besser zu überwinden. Schließlich sollten – mit Blick auf die Förderung der Weiterbildung – die Ausgaben für die berufliche Bildung durch Verlustvorträge auch in späteren Jahren steuerlich absetzbar sein.
- Armut sollte für die überwiegende Zahl der Betroffenen eine möglichst kurze Phase im Leben sein. Um dies zu erreichen, sollten sich die Maßnahmen der Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik auf diese Personengruppe konzentrieren und Aufstiegswege nach oben öffnen. Dazu gehören Maßnahmen zur Verringerung der Zahl funktionaler Analphabeten – die auf unglaubliche sieben Millionen geschätzt wird – aber auch die Schaffung altersgerechter Arbeitsplätze sowie Maßnahmen zur höheren Bildungsbeteiligung von Jugendlichen und Migrantinnen. Die Überwindung von Armut kann darüber hinaus nur gelingen, wenn der Arbeitsmarkt flexibel bleibt, d.h. eine hinreichende Zahl von Arbeitsplätzen bietet, die bei geringen Produktivitätsanforderungen und niedriger Entlohnung den Einstieg in das Arbeitsleben ermöglichen. Wichtig ist dabei, dass die Nutzung solcher Beschäftigungsmöglichkeiten zeitlich befristet bleibt. Die Arbeitsmarktpolitik sollte also vor allem für funktionierende Übergänge im Karriere- und Berufsverlauf der Arbeitskräfte sorgen, aber auch die aktive Beteiligung der Hilfeempfänger einfordern.

(2)

### **Die demografische Herausforderung und die Rolle der Zuwanderung**

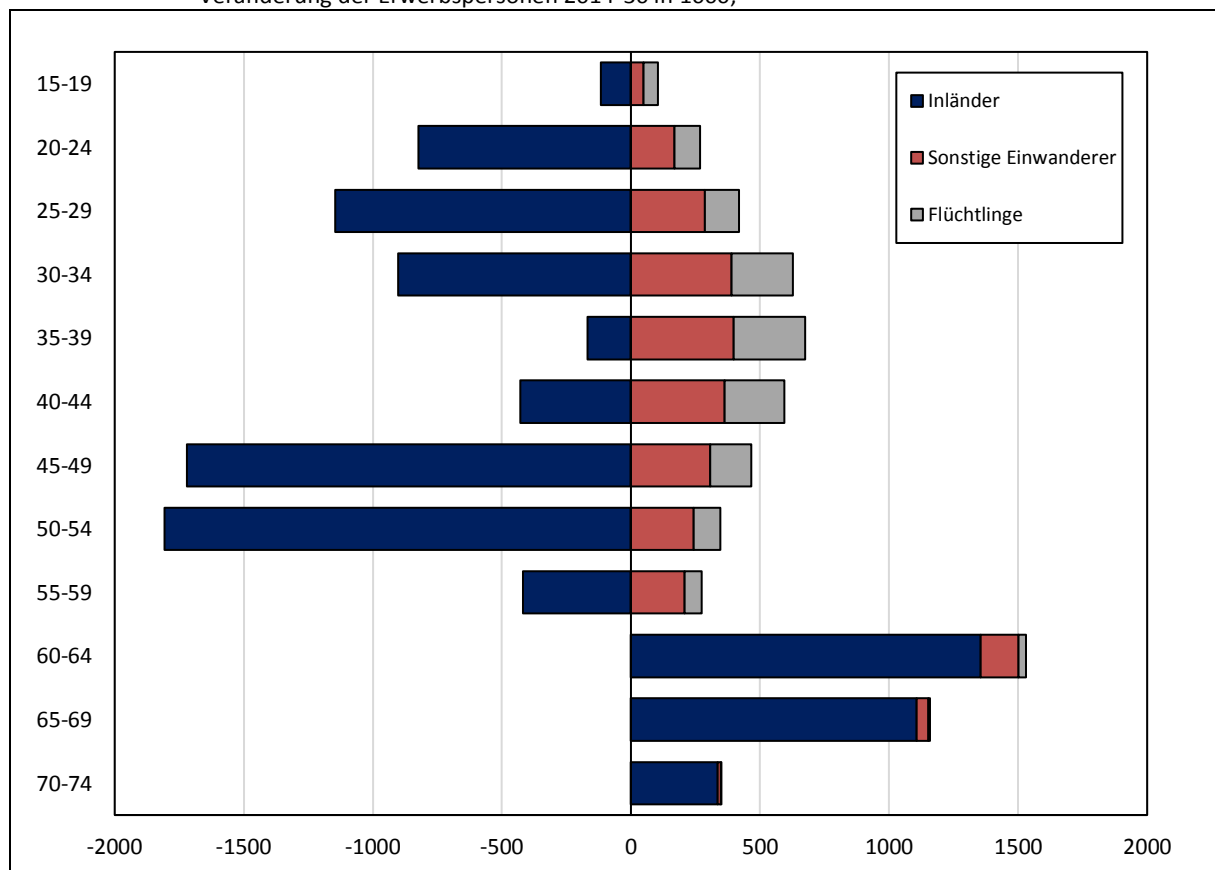
Die im Inland lebende Bevölkerung in Deutschland geht zurück und wird weiter rückläufig sein. Bis 2030 werden bei der weiterhin zu geringen Zahl an Geburten zwei Millionen Arbeitskräfte weniger zur

Verfügung stehen als heute. Dies wäre ein Verlust von fast fünf Prozent des inländischen Arbeitskräftepotenzials. In der bisherigen Geschichte der Bundesrepublik wurden derartige Verluste immer wieder durch Zuwanderung ausgeglichen. Dies wird auch weiterhin so sein, wenn auch nicht immer in solchen Schockwellen, wie wir sie 2015 erlebten. Deutschland muss sich gleichwohl als Einwanderungsland verstehen und entsprechende Regelungen im Rahmen eines Einwanderungsgesetzes treffen.

Der demografische Wandel bewirkt aber vor allem die stetige Alterung von Bevölkerung und Arbeitskräftepotenzial – eine noch größere Herausforderung als die sinkende Bevölkerungszahl, da vor allem die Zahl der Leistungsträger jüngerer und höherer Alters sinken wird (Abbildung 3). Dies stellt ein Risiko für die Innovations- und Anpassungsfähigkeit des gesamten Wirtschaftssystems dar, wenn nicht Mittel und Wege gefunden werden, die Alten produktiv im Wirtschaftsprozess zu halten.

Weder die Einwanderer im Allgemeinen noch die Flüchtlinge im Besonderen werden in der Lage sein, diese Alterung aufzuhalten. Aber immerhin werden sie einen spürbaren Beitrag leisten, um den Trend zu verlangsamen.

**Abbildung 3** Altersstruktur der Erwerbspersonen  
Veränderung der Erwerbspersonen 2014-30 in 1000;



Quelle: Economix (Prognose 2016)

Aus diesem Befund ergeben sich drei Schlussfolgerungen:

- Deutschland wird ein Einwanderungsland bleiben, da angesichts des Bevölkerungsrückgangs der Wohlstand ohne Zuwanderung nicht gesichert werden kann. Damit wird die Notwendigkeit zur Steuerung der Einwanderung immer deutlicher werden. Ein wichtiges Element künftiger Einwanderungspolitik sollte daher die Vorbereitung und Verabschiedung eines Einwanderungsgesetzes

sein, das – über die Integration von Flüchtlingen hinaus – die Zuwanderung aus allen Regionen der Welt regelt. Dabei ist an der Freizügigkeit der Wanderungen im EU-Raum festzuhalten und die Zuwanderung von Asylbewerbern weiterhin zu garantieren. Es geht also vor allem um die Steuerung der Zuwanderung und die Attraktivität Deutschlands für qualifizierte Einwanderer aus Nicht-EU-Ländern. Dazu kann auch die Berufsbildungspolitik durch eine liberalere Anerkennungspraxis von Bildungsabschlüssen einen wichtigen Beitrag leisten. Nach wie vor sind die Anerkennungsquoten sehr niedrig. Besser als die detaillierte Prüfung der formalen Bildungsinhalte erscheint dabei die Feststellung der vorhandenen Kompetenzen in beruflichen Kompetenzzentren.

- Der Qualifikationsbedarf kann allerdings durch Zuwanderung allein nicht gedeckt werden. Wenn Deutschland seine Wettbewerbsfähigkeit erhalten und die Anpassung an den globalen Strukturwandel erreichen will, muss es die Erwachsenenbildung zu einer dritten Säule seines beruflichen Bildungssystems machen. Dies sollte durch den Aufbau eines allgemein anerkannten, zertifizierten Weiterbildungssystems erfolgen, das durch eine Vielzahl von Bildungsmodulen zur Ergänzung und Erneuerung der Bildungsstandards beiträgt. Dabei spielt der Staat eine entscheidende Rolle, denn er legt die Normen und Grundsätze des Bildungssystems fest und bestimmt seine Organisationsstruktur. Darüber hinaus wird eine höhere Weiterbildungsbeteiligung nicht ohne finanzielle Unterstützung von Trägern und Teilnehmern erreichbar sein.
- Deutschland sollte die Globalisierung von Bevölkerung und Arbeitsmarkt vorantreiben. Dies geht weit über die Integration der Zuwanderer hinaus und zielt auf die verstärkte Integration der deutschen Bevölkerung in die globale Wirtschaft: Intensivierung des Austauschs von Arbeitskräften, Ausbau der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen und Sensibilisierung der Bevölkerung für Tatsache, dass die Exportnation Deutschland auf weltweite Anerkennung angewiesen ist. Das entscheidende Ziel eines solchen Programms zur Globalisierung des Arbeitsmarktes sollte darin bestehen, das Verständnis für die Abhängigkeiten und die Vorteile eines weltweit agierenden Deutschlands zu vermitteln. Dies wäre auch ein Programm, das sich ausdrücklich gegen die nationalistischen und protektionistischen Bewegungen in manchen Ländern der heutigen Welt richtet.

(3)

### **Eintritt ins digitale Zeitalter und die Schaffung von Arbeitsplätzen**

Die deutsche Wirtschaft steht vor der wohl einmaligen Chance, sich mit dem Internet der Dinge (oder Industrie 4.0) zu einem wichtigen Player auf den digitalen Märkten der Zukunft zu entwickeln. Heute sind es die US-Unternehmen, die die Märkte für Software und Internet-Plattformen beherrschen, und die asiatischen Unternehmen, die die Hardware produzieren. Mit Industrie 4.0 kommen die deutschen Maschinen- und Anlagenbauer ins Spiel, ebenso wie die Fahrzeugbauer und die Unternehmensberater. Ihnen eröffnen sich im Erfolgsfall bisher nicht gekannte Marktchancen. Oder anders gesagt: Wenn sie in diesem Spiel nicht mitmachen, sind sie draußen mit allen Konsequenzen für Wachstum und Beschäftigung.

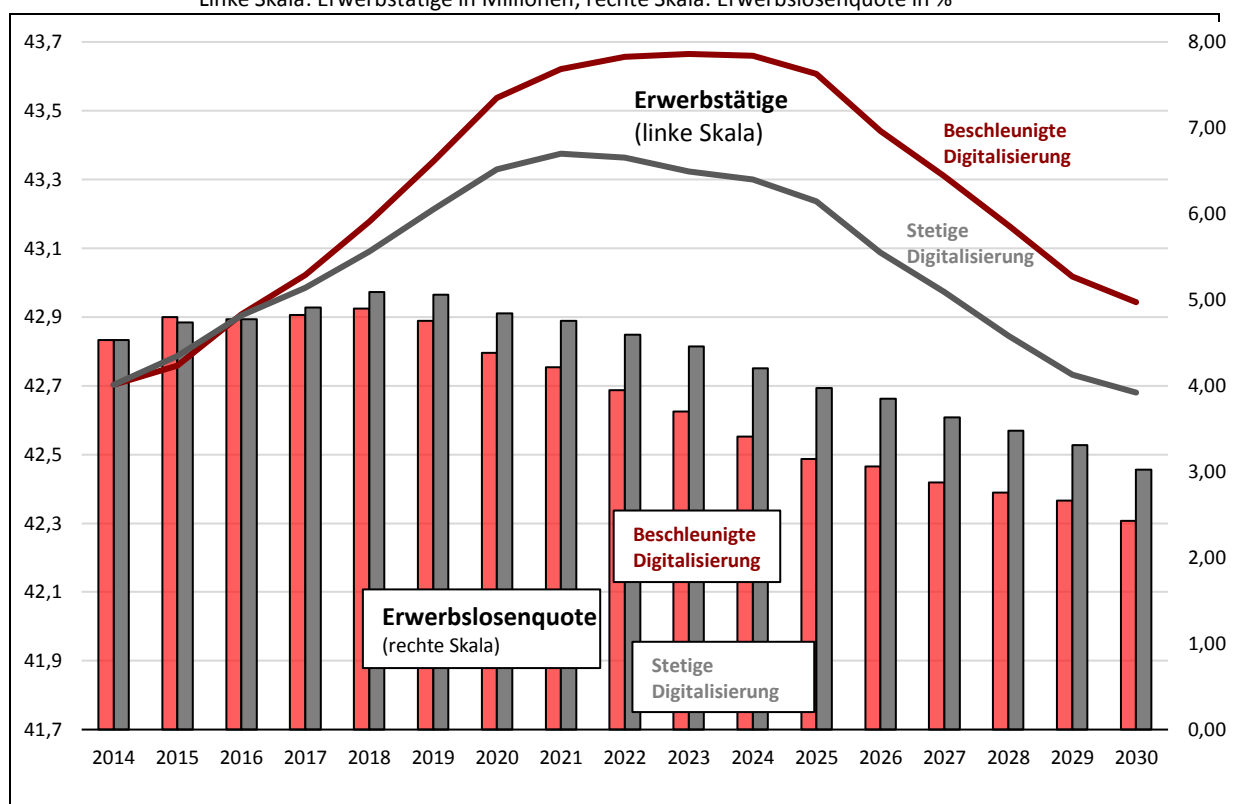
Entgegen der weitverbreiteten Ansicht, die Digitalisierung käme als der große Jobkiller, besteht die begründete Aussicht, dass sie zusätzliche Arbeitsplätze schafft. Dann nämlich, wenn es den Unternehmen gelingt, das enorme Innovationspotenzial der digitalen Technik nicht allein für rationellere Produktionsprozesse zu nutzen, sondern für die Entwicklung neuer Produkte und Dienstleistungen (Abbildung 4). Dies war auch bisher schon so, denn das Vordringen der Computer bis an den beinahe letzten Arbeitsplatz hat auch in der Vergangenheit Arbeit geschaffen und den Wohlstand gesteigert. Wenn wir

uns nicht ganz dumm anstellen, dann können wir die Ankündigungen einer massenhaften technologischen Arbeitslosigkeit zu den (wenn auch beliebten) Horrorgeschichten des technologischen Wandels legen.

Die Beschleunigung des digitalen Wandels sollte also gefördert statt gebremst werden. Dazu hat sich die Bundesregierung bereits entschieden. Dennoch erscheinen weitere Schritte notwendig:

- Die deutsche Industrie sollte sich zu einem Vorreiter in der Anwendung von Industrie-4.0-Konzepten entwickeln. Dazu sind die Breitbandnetze auszubauen, denn die bisherige Zielsetzung einer flächendeckenden Internet-Anbindung mit 50 Mbit/Sekunde dürfte weit hinter den Erfordernissen solcher Konzepte zurück bleiben. Gleichzeitig sind die Investitionen in Forschung und Entwicklung zu steigern, insbesondere in den Bereichen Sensorik, Robotik, künstliche Intelligenz, Datenanalyse usw.
- Die berufliche Bildung sollte die Ausbildung in IT-Berufen verstärken und die Vermittlung von IT-Kompetenzen in fast alle Zweige der Berufsbildung einbeziehen. IT-Weiterbildung sollte zu einem Kernelement des vorgeschlagenen Systems der beruflichen Erwachsenenbildung werden.
- Es sollte eine Neubewertung des Datenschutzes unter Berücksichtigung der Vorteile von Open-Source-Konzepten erfolgen. In der gegenwärtigen Praxis dürfte der Datenschutz nach deutschem Muster den technologischen Wandel eher verlangsamen.

**Abbildung 4 Beschäftigungseffekt der beschleunigten Digitalisierung**  
 Linke Skala: Erwerbstätige in Millionen; rechte Skala: Erwerbslosenquote in %



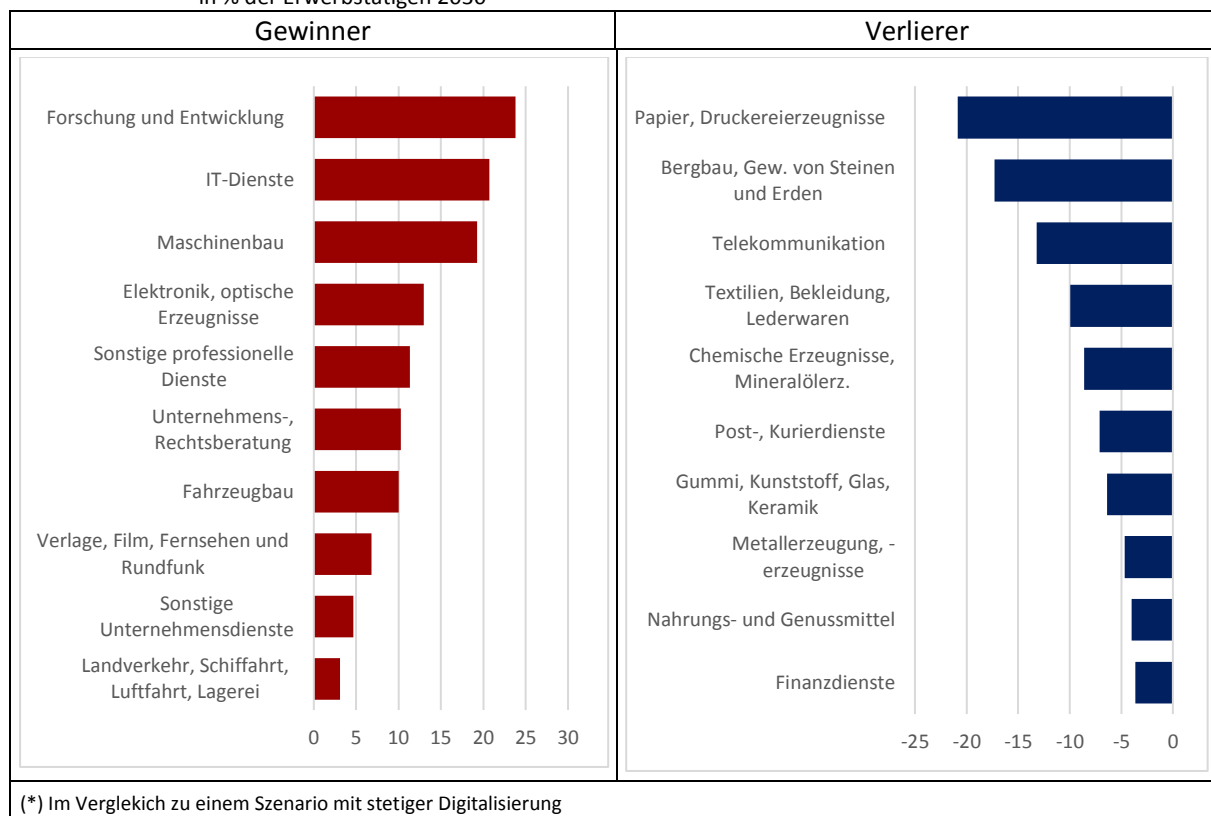
Quelle: Economix, Cambridge Econometrics (Prognose 2016)

(4)

### Beschleunigter Strukturwandel und die Sicherung der Arbeitsplätze

Ohne Zweifel geht von der Globalisierung im Allgemeinen und einer forcierten Digitalisierung im Besonderen eine Beschleunigung des strukturellen Wandels aus. Dies bedeutet, dass eine größere Zahl von Arbeitskräften ihre bisherigen Arbeitsplätze verlieren werden, gleichzeitig aber auch viele neue Beschäftigungschancen entstehen. Unsere Analysen haben gezeigt, dass bei beschleunigter Digitalisierung mit deutlichen Umschichtungen der Beschäftigung in Richtung von Forschung und Entwicklung, IT-Dienste, Investitionsgüterindustrien und Unternehmensdienste zu rechnen ist (Abbildung 5). Es kommt zu einer noch stärkeren Verlagerung der Arbeitskräftenachfrage nach Hochschulabsolventen und zu Lasten der Arbeitskräfte ohne berufliche Bildung. Gleichzeitig werden sich die Tätigkeitsprofile vieler Arbeitsplätze verändern, denn die Roboter werden die einfachen, massenhaft zu wiederholenden Tätigkeiten ausführen und der Mensch die komplexen und speziellen. Die Digitalisierung schafft die Arbeit nicht ab, sondern wertet sie auf. Die digitale Technik kann also zur Verbesserung der Produkte, zur Reorganisation der Arbeit und zur Produktivitätssteigerung genutzt werden. So kann sie entscheidende Wachstums- und Beschäftigungsimpulse auslösen. Nur wenn dies nicht gelingt, ist mit einer größeren Zahl von Erwerbslosen, mehr atypischer Beschäftigung und einem erneuten Anwachsen des Niedriglohnsektors zu rechnen. Der technologische Wandel sollte daher offensiv angegangen werden, denn er ist ohnehin nicht aufzuhalten.

**Abbildung 5**      **Sektorale Beschäftigungseffekte einer beschleunigten Digitalisierung\***  
in % der Erwerbstätigen 2030



Quelle: Economix (Prognose 2016)

Gleichwohl wird die Frage nach der Verteilung von Gewinnen und Anpassungskosten angesichts des beschleunigten digitalen Strukturwandels eine der großen Herausforderungen sein. Nur wenn es gelingt, diese Verteilungsfragen zu lösen, wird die Akzeptanz für die neuen Technologien auch von einer breiten Mehrheit der Gesellschaft getragen werden. Ein allgemeines, bedingungsloses Grundeinkommen erscheint dazu nicht erforderlich, denn die Beschäftigung wird schneller wachsen als ohne die beschleunigte Digitalisierung. Die Politik hat vielmehr dafür zu sorgen, dass die Umschichtung der Arbeitskräfte in die neuen Jobs möglichst optimal funktioniert. Dazu wurden in den Niederlanden und Dänemark in den achtziger und neunziger Jahren des letzten Jahrhunderts Ansätze entwickelt, die unter dem Namen „Flexicurity-Approach“ bekannt wurden. Von Arbeitsplatzverlust bedrohte Arbeitskräfte (damals vor allem in Landwirtschaft, Fischerei, Schiffbau usw.) wurden finanziell abgesichert, umgeschult und auf alternative Arbeitsplätze vermittelt. Mit solchen Konzepten, die nun auch in die Reformvorschläge der SPD eingegangen sind, kann die Prekarisierung eines Teils der Beschäftigten verhindert werden.

Mit Blick auf den sich beschleunigenden Strukturwandel scheint es daher angebracht:

- Die Anwendung von Flexicurity-Konzepten zu forcieren und auf den digitalen Strukturwandel auszurichten. Dies bedeutet, dass insbesondere gering Qualifizierte mit einfachen industriellen Berufen, aber auch Verwaltungsangestellte in gering qualifizierten Bürojobs umgeschult und qualifiziert werden sollten. Gleichzeitig wäre auch daran zu denken, die soziale Absicherung auf die Selbständigen auszuweiten, die vom strukturellen Wandel in ähnlicher Weise betroffen sind wie die abhängig Beschäftigten.
- Da es vielfach Frauen und ältere Beschäftigte sind, die in solchen einfacheren Jobs arbeiten, erscheint sowohl die Schaffung von familiengerechten als auch von altersgerechten Arbeitsplätzen notwendig. Durch die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf können nicht nur die Beschäftigungsoptionen freigesetzter Arbeitskräfte ausgeweitet werden. Sie erhöht auch das Angebot an familiär gebundenen Arbeitskräften bzw. deren Zeitfenster. Ähnliches gilt für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen für ältere und gesundheitlich eingeschränkte Personen, die vielfach Voraussetzung für die Weiterbeschäftigung sind.
- Die berufliche Weiterbildung muss auf den externen Arbeitsmarkt ausgerichtet werden. Die bisherige Orientierung an den internen Bedürfnissen der Unternehmen reicht nicht aus, um die Anpassungsfähigkeit des Arbeitsmarktes an den technologischen und strukturellen Strukturwandel sicherzustellen.

(5)

### **Freihandel und die Rückkehr zum Gleichgewicht des Welthandels**

Man könnte meinen, die Welt steht auf dem Kopf. Die großen Freihandelsnationen Großbritannien und USA sehen ihren Weg plötzlich in einer protektionistischen Politik und sind überzeugt, dass eine „My nation first“-Parole ihre Probleme lösen werde. Die Idee der nationalen Unabhängigkeit und der wirtschaftlichen Desintegration gewinnt im rechten Lager so viele Anhänger, wie sie sich die linken Globalisierungsgegner niemals erträumt hatten. Und es scheint als wollten sie die gleichen Fehler begehen, die schon die Weltwirtschaftskrise von 1929 ausgelöst hatten: Auflösung der internationalen Kooperation, Abschottung der Arbeitsmärkte, Protektionismus und Nationalismus.

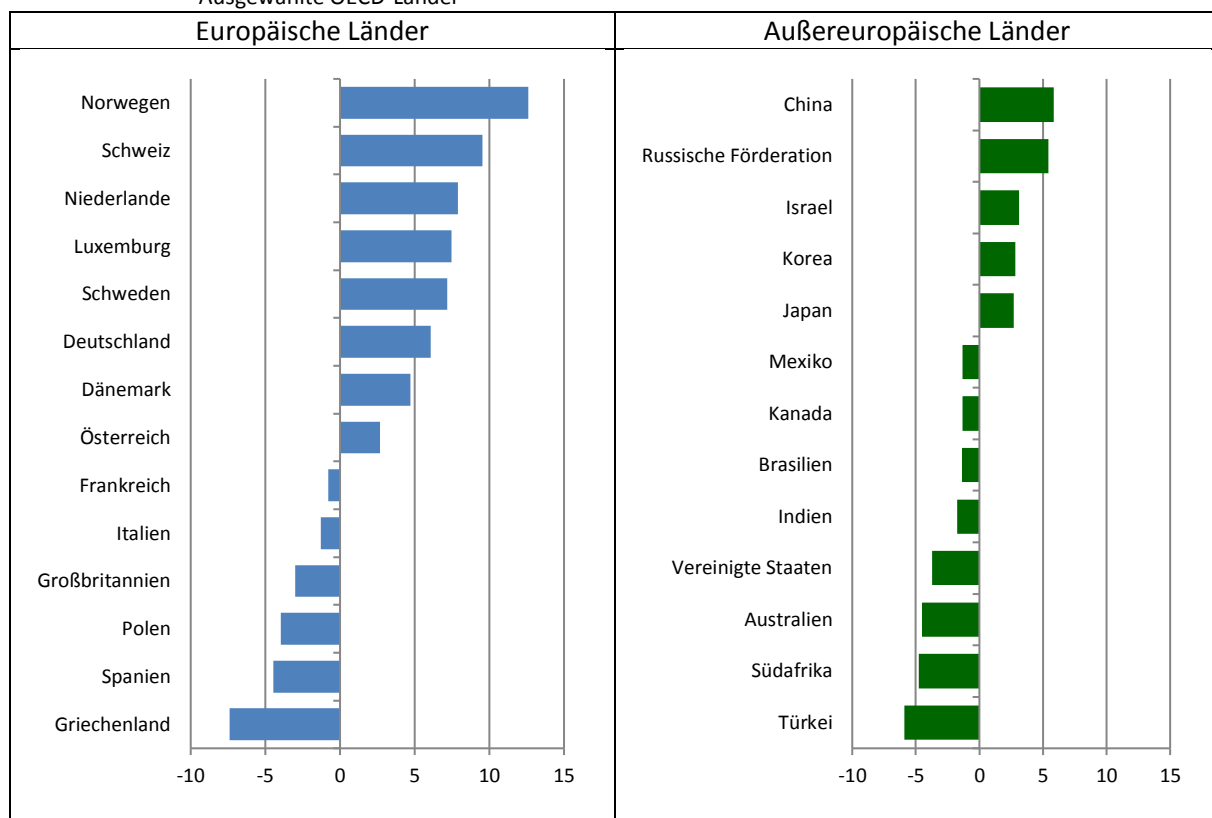
Auch wenn er sehr plötzlich gekommen ist, hat dieser politische Klimawandel gleichwohl seine langfristigen Ursachen. Die Schere zwischen Arm und Reich ist eine davon, aber nicht sie allein. Zu den wichtigsten Verursachern gehören die Ungleichgewichte im Welthandel, die für begrenzte Phasen



nützlich sein können, sich aber langfristig als schädlich herausstellen. Länder mit einer permanent negativen Leistungsbilanz müssen ihre Defizite durch Auflösung ihres Vermögens bzw. durch steigende Verschuldung finanzieren. Arbeitsplätze in den von Importkonkurrenz bedrohten Wirtschaftszweigen und Regionen gehen verloren und die Märkte der Defizitländer werden von ausländischen Waren überschwemmt. Dies ist nur so lange kein Problem, als es gelingt exportstarke Unternehmen im eigenen Land aufzubauen. Aber dies gelingt nicht allen. So wird die Welt in Gewinner und Verlierer der Globalisierung eingeteilt.

Deutschland gehört seit langem zu den Gewinnern der Globalisierung und wird dabei durch einen für seine Wirtschaft vorteilhaften Eurokurs begünstigt. In der Phase 2005 bis 2014 lag der jährliche Leistungsbilanzüberschuss bei durchschnittlich 6,1 % des Bruttoinlandsprodukts. In Großbritannien und den USA hingegen lag das jährliche Defizit zwischen 3 und 4 %. Kein Wunder also, dass sie die Globalisierung kritisch sehen. Und diese beiden Länder sind nicht die einzigen Problemzonen des Welthandels. Auch Griechenland, Spanien und Polen gehören dazu, ebenso wie die Türkei, Südafrika oder Australien (Abbildung 6). Deutschland sollte die Problematik dieser Ungleichgewichte im Welthandel anerkennen, denn sie sind – zumindest indirekt – die Ursache für die Eurokrise, für abrupte Wechselkursänderungen und auch ein Grund für den aufkeimenden Protektionismus.

**Abbildung 6** Durchschnittliche jährliche Leistungsbilanzsalden in Prozent des Bruttoinlandsprodukts 2005-14  
Ausgewählte OECD-Länder



Quelle: OECD

Was also ist zu tun?

- Da ein „Jeder gegen Jeden“ die Weltwirtschaft in die Katastrophe führen wird, sollten die führenden Handelsnationen sich zu einem gemeinsamen „Aktionsplan für eine gleichgewichtige Weltwirtschaft“ entschließen. Dazu gehören einerseits die Intensivierung der Direktinvestitionen in

den Defizitländern sowie ein Marshall-Plan für die Krisenregionen, andererseits aber auch entsprechende rechtliche und wirtschaftliche Garantien für die Investoren- und Geberländer. Faire Handelsabkommen sind heute wichtiger denn je.

- Die Defizitländer müssen aber auch erkennen, dass ihre Probleme hausgemacht sind. Der Niedergang der altindustriellen Regionen in den USA ist auch auf das Fehlen einer regionalpolitischen Gegenstrategie zurück zu führen. Hier hat das „Establishment“ in der Tat versagt und die Bevölkerung ihrem Schicksal überlassen. Ähnliches gilt auch für Großbritannien. Die Defizitländer müssen also eine Strategie zur Bewältigung des Strukturwandels im eigenen Land entwerfen und umsetzen. Dazu muss der Staat aktiv werden, denn der Markt löst solche Aufgaben in der Regel nicht.
- Die kurzfristigen Vorteile des Welthandels sind den Defizitländern wohl bewusst, ermöglicht doch der Austausch von Waren und Dienstleistungen ein höheres Wohlstandsniveau. Das Dogma des Freihandels findet allerdings in den langfristigen Nebenwirkungen seine Grenzen: in einer steigenden Verschuldung, im permanenten Anpassungsdrucks auf Unternehmen und Beschäftigte sowie in der ungleichen Verteilung von Gewinnen und Verlusten der Globalisierung. Die Welthandelsabkommen sollten also nicht allein die Ausweitung des ungehinderten Warenhandels fest-schreiben, sondern den Warenhandel als Teil einer langfristigen Entwicklungsstrategie begreifen. Freihandel ist kein Wert an sich, sondern dient Wachstum, Beschäftigung und der Teilhabe aller beteiligten Länder.

Wenn es Lehren aus der Weltfinanzkrise gibt, dann ist die Zeit gekommen, daraus Schlussfolgerungen zu ziehen. Eine dieser Lehren ist, dass die Finanzmärkte unfähig waren, einen langfristigen und stetigen Entwicklungspfad einzuschlagen. Die kurzfristige Gewinnoptimierung war also kein Garant für eine langfristig positive Entwicklung. Dies gilt auch für andere Märkte, wie für den liberalen Welthandel im Allgemeinen. Die Umstellung der Geschäftsmodelle auf langfristige, gesellschaftlich relevante Ziele scheint überfällig. Die große Kunst wird es sein, dabei die Balance zwischen den freiheitlichen Grundideen einer liberalen Wirtschaftsverfassung und den langfristigen Konzepten einer nachhaltigen Entwicklung zu finden.

**Quellen:**

Dieser Kommentar beruht auf den Ergebnissen der Langfristprognosen, die Economix Research & Consulting für das Bundesministerium für Arbeit und Soziales erstellt hat. Dieses Prognoseprojekt wurde 2011 begonnen und im Herbst 2016 abgeschlossen. Bisher sind folgende Berichte erschienen:

- Vogler-Ludwig/Düll (2013): Arbeitsmarkt 2030 – Eine strategische Vorausschau auf Demografie, Beschäftigung und Bildung in Deutschland. W. Bertelsmann Verlag;
- Kriechel/Vogler-Ludwig (2013): Arbeitsmarkt 2030 – Methodenbericht - Beschreibung der quantitativen Modelle. W. Bertelsmann Verlag;
- Düll (2013): Arbeitsmarkt 2030 - Fachexpertisen und Szenarien - Trendanalyse und qualitative Vorausschau. W. Bertelsmann Verlag;
- Vogler-Ludwig/Düll/Kriechel (2015): Hauptbericht 2014: Arbeitsmarkt 2030 – Die Bedeutung der Zuwanderung für Beschäftigung und Wachstum. W. Bertelsmann Verlag.
- Vogler-Ludwig/Düll/Kriechel (2016): Hauptbericht 2016: Arbeitsmarkt 2030 – Wirtschaft und Arbeitsmarkt im digitalen Zeitalter. W. Bertelsmann Verlag.

Zusammenfassungen wurden 2013 und 2015 vom BMAS veröffentlicht. Der Hauptbericht 2016 floss in das Weissbuch „Arbeiten 4.0“ des BMAS ein.

**Autor:**

**Kurt Vogler-Ludwig**, Gründungspartner und Direktor von Economix Research & Consulting, München. Seine Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich langfristige Wachstums- und Strukturanalysen, Humankapital und Bildungspolitik.



**Economix Research & Consulting** wurde im Jahr 2000 als unabhängiges, privatwirtschaftliches Forschungsinstitut gegründet. Seine thematischen Schwerpunkte liegen im Bereich langfristiger Wirtschafts- und Beschäftigungsprognosen, internationaler Vergleiche und Evaluierungen von Arbeitsmarkt-, Sozial- und Bildungspolitik, sowie statistischer Erhebungen und ökonomischer Analysen. Die Auftraggeber sind internationale Organisationen, wie die Europäische Kommission, ILO, OECD und Weltbank, nationale Behörden, wie das Bundesministerium für Arbeit und Soziales oder das britische bzw. tschechische Arbeitsministerium, sowie nationale und internationale Stiftungen. Economix ist Teil mehrerer europäischer Forschungsnetzwerke und Berichterstatter des Beschäftigungsobservatoriums der Europäischen Kommission ([www.economix.org](http://www.economix.org)).